

Eine Vorbedingung für wirtschaftliche Souveränität

Ein Auszug aus Michaels kommendem Buch über mittelalterliche Schuldenkreuzzüge. In diesem Text liegt der Fokus auf den Auswirkungen des Feudalismus bis in die Gegenwart.

23. Juli 2025 | Michael Hudson

Der Industriekapitalismus war revolutionär in seinem Kampf um die Befreiung der europäischen Volkswirtschaften und Parlamente von den Erbprivilegien und der Besitzstandswahrung, die aus dem Feudalismus überlebt hatten. Um ihre Produkte auf den Weltmärkten wettbewerbsfähig zu machen, mussten die Industriellen die an den europäischen Landadel gezahlten Bodenrenten (Pacht), die von den Handelsmonopolen abgezogenen Wirtschaftsrenten (leistungsloses Einkommen) und die an Banker gezahlten Zinsen, die bei der Finanzierung der Industrie keine Rolle spielten, abschaffen. Diese Renteneinkommen trugen zum Preisgefüge der Wirtschaft bei, erhöhen den Lebensunterhalt und andere Unternehmensausgaben und schmälern so die Gewinne.

Im 20. Jahrhundert wurde das klassische Ziel der Beseitigung dieser Wirtschaftsrenten in Europa, den USA und anderen westlichen Ländern wieder aufgegeben.

Heute jedoch steigen die Pachtpreise für Grund und Boden sowie für natürliche Ressourcen in privater Hand weiter an und werden sogar steuerlich begünstigt. Grundlegende Infrastrukturen und andere natürliche Monopole werden vom Finanzsektor privatisiert, der für die Zerstückelung und Deindustrialisierung von Volkswirtschaften im Namen seiner Immobilien- und Monopolkunden verantwortlich ist, die den Großteil ihrer Renteneinnahmen als Zinsen an Banker und Anleihegläubiger auszahlen.

Was von der Politik, mit der die europäischen Industriemächte und die USA ihre eigene Produktion aufgebaut haben, übrig geblieben ist, ist der Freihandel. Großbritannien führte den Freihandel ein, nachdem es 30 Jahre lang im Namen seiner Industrie gegen die Landaristokratie gekämpft hatte, um die protektionistischen Agrarzölle, die Corn Laws, abzuschaffen, die 1815 erlassen worden waren, um zu verhindern, dass der heimische Markt für Billigimporte von Lebensmitteln geöffnet wird, was die Pachtpreise für die Landwirte gesenkt hätte.

Nach der Aufhebung dieser Gesetze im Jahr 1846 zur Senkung der Lebenshaltungskosten bot Großbritannien Ländern, die Zugang zu seinem Markt suchten, Freihandelsabkommen an, wenn diese Länder ihre Industrie nicht gegen britische Exporte schützten. Ziel war es, weniger industrialisierte Länder davon abzuhalten, ihre eigenen Rohstoffe zu verarbeiten.

In diesen Ländern versuchten Europas ausländische Investoren, ertragreiche natürliche Ressourcen wie Mineralien und Landrechte sowie grundlegende Infrastrukturen wie Eisenbahnen und Kanäle zu erwerben. Dies führte zu einem diametralen Gegensatz zwischen der Vermeidung von Renten in den Industrieländern und der Suche nach Renten in ihren Kolonien und anderen Gastländern, während die europäischen Banker Schulden als Hebel einsetzten, um die fiskalische Kontrolle über ehemalige Kolonien zu erlangen, die im 19. und 20. Jahrhundert unabhängig wurden.

Unter dem Druck, die Auslandsschulden zu bezahlen, die zur Finanzierung ihrer Handelsdefizite, ihrer Entwicklungsbemühungen und ihrer zunehmenden Schuldenabhängigkeit angehäuft worden waren, sahen sich die Schuldnerländer gezwungen, die fiskalische Kontrolle über ihre Volkswirtschaften an Anleihegläubiger, Banken und Regierungen der Gläubigerländer abzugeben, die sie zur Privatisierung ihrer grundlegenden Infrastrukturmonopole drängten. Dadurch wurden sie daran gehindert, die Einnahmen aus ihren natürlichen Ressourcen zu nutzen, um eine breite wirtschaftliche Basis für eine prosperierende Entwicklung zu schaffen.

Genauso wie Großbritannien, Frankreich und Deutschland ihre Volkswirtschaften vom feudalistischen Erbe der Besitzstandswahrung und der Privilegien der Rentenextraktion befreien wollten, müssen sich die meisten der heutigen Länder der globalen Mehrheit von den aus dem europäischen Kolonialismus und der Gläubigerkontrolle stammenden Renten- und Schuldenlasten befreien.

In den 1950er Jahren wurden diese Länder als „weniger entwickelt“ oder, noch gönnerhafter, als „Entwicklungsländer“ bezeichnet. Doch die Kombination von Auslandsverschuldung und Freihandel hat sie daran gehindert, sich nach dem ausgewogenen Verhältnis zwischen öffentlichem und privatem Sektor zu entwickeln, wie es in Westeuropa und den USA der Fall war.

Die Steuerpolitik und andere Gesetze dieser Länder wurden durch den Druck der USA und Europas geprägt, internationale Handels- und Investitionsregeln einzuhalten, die die geopolitische Vorherrschaft westlicher Banker und renditegieriger Investoren aufrechterhalten, um ihr nationales Erbe zu kontrollieren.

Der Euphemismus „Wirtsökonomie“ ist für diese Länder angemessen, denn die wirtschaftliche Durchdringung dieser Länder durch den Westen gleicht einem biologischen Parasiten, der sich von seinem Wirt ernährt.

In dem Bestreben, diese Beziehung aufrechtzuerhalten, blockieren die Regierungen der USA und Europas die Versuche dieser Länder, den Weg einzuschlagen, den die europäischen Industrienationen und die USA mit ihren politischen und fiskalischen Reformen des 19. Jahrhunderts für ihre eigenen Volkswirtschaften eingeschlagen haben, die ihren eigenen Aufschwung ermöglichten.

Wenn diese Länder keine steuerlichen und politischen Reformen durchführen, die darauf abzielen, ihre eigene Souveränität und ihre Wachstumsaussichten auf der Grundlage ihres eigenen nationalen Erbes an Land, natürlichen Ressourcen und grundlegender Infrastruktur zu entwickeln, wird die Weltwirtschaft weiterhin zwischen westlichen Rentier-Nationen und ihren Gastgebern in der globalen Mehrheit gespalten und der neoliberalen Orthodoxie unterworfen sein.

Der Erfolg des chinesischen Modells bedroht die neoliberale Ordnung

Wenn die politischen Führer der USA China als existenziellen Feind des Westens bezeichnen, dann nicht als militärische Bedrohung, sondern weil es eine erfolgreiche wirtschaftliche Alternative zur heutigen, von den USA unterstützten neoliberalen Weltordnung bietet.

Diese Ordnung sollte das Ende der Geschichte darstellen und durch ihre Logik des Freihandels, der staatlichen Deregulierung und der von Kapitalkontrollen freien internationalen Investitionen erfolgreich sein, während sie sich von der rentenfeindlichen Politik des Industriekapitalismus abwendet.

Heute können wir die Absurdität dieser selbstgefälligen evangelikalen Sichtweise erkennen, die gerade zu dem Zeitpunkt aufkam, als die westlichen Volkswirtschaften aufgrund der Dynamik ihres neoliberalen Finanzkapitalismus deindustrialisiert wurden. [Globalisierungsphase]

Die etablierten Finanz- und anderen Rentierinteressen lehnen nicht nur China ab, sondern auch die Logik des industriellen Kapitalismus, wie er von den klassischen Ökonomen des 19. Jahrhunderts beschrieben wurde.

Westliche neoliberale Beobachter haben die Augen davor verschlossen, dass Chinas „Sozialismus mit chinesischen Merkmalen“ seinen Erfolg durch eine ähnliche Logik erzielt hat wie der Industriekapitalismus, der von den klassischen Ökonomen befürwortet wurde, um die Einkommen der Rentiers zu minimieren.

Die meisten Wirtschaftswissenschaftler des späten 19. Jahrhunderts gingen davon aus, dass sich der industrielle Kapitalismus in der einen oder anderen Form zum Sozialismus entwickeln würde, da die Rolle der öffentlichen Investitionen und der Regulierung zunahm. Die Befreiung der Volkswirtschaften und ihrer Regierungen von der Kontrolle durch Grundbesitzer und Gläubiger war der gemeinsame Nenner des sozialdemokratischen Sozialismus von John Stuart Mill, des libertären Sozialismus von Henry George, der sich auf die Grundsteuer konzentrierte, und des genossenschaftlichen Sozialismus auf Gegenseitigkeit von Peter Kropotkin, ebenso wie des Marxismus.

China ist weiter gegangen als frühere sozialistische gemischtwirtschaftliche Reformen, indem es die Geld- und Kreditschöpfung in den Händen der Regierung belassen hat, ebenso wie die grundlegende Infrastruktur und die natürlichen Ressourcen.

Die Angst, dass andere Regierungen dem Beispiel Chinas folgen könnten, hat dazu geführt, dass die USA und andere westliche finanzkapitalistische Ideologen China als Bedrohung ansehen, weil es ein Modell für Wirtschaftsreformen liefert, die genau das Gegenteil von dem sind, was die regierungsfeindliche pro-Rentier-Ideologie des 20. Jahrhunderts bekämpfte.

Die Auslandsverschuldung gegenüber den USA und anderen westlichen Gläubigern, die durch die von US-Diplomaten in Bretton Woods 1944 entworfenen internationalen geopolitischen Regeln von 1945-2025 ermöglicht wurde, zwingt den Globalen Süden und andere Länder dazu, ihre wirtschaftliche Souveränität wiederzuerlangen, indem sie sich von ihrer ausländischen (hauptsächlich dollarierten) Banken- und Finanzlast befreien.

Diese Länder haben das gleiche Bodenrentenproblem wie der europäische Industriekapitalismus, aber ihre Land- und Ressourcenrenten gehören hauptsächlich multinationalen Unternehmen und anderen ausländischen Aneignern ihrer Öl- und Mineralienrechte, Wälder und Latifundienplantagen, die Ressourcenrenten durch die Ausbeutung der Öl- und Mineralienressourcen der Welt und die Abholzung ihrer Wälder erzielen.

Die Besteuerung wirtschaftlicher Renten ist eine Voraussetzung für wirtschaftliche Souveränität

Eine Voraussetzung für die wirtschaftliche Autonomie der Länder des Globalen Südens ist es, dem Rat der klassischen Ökonomen zu folgen und die größten Quellen von Renteneinnahmen – Landrenten, Monopolrenten und Finanzerträge – zu besteuern, anstatt sie ins Ausland abfließen zu lassen.

Die Besteuerung dieser Renten würde dazu beitragen, ihre Zahlungsbilanz zu stabilisieren, und gleichzeitig ihren Regierungen Einnahmen verschaffen, um ihren Infrastrukturbedarf und die damit verbundenen Sozialausgaben zu finanzieren, die zur Subventionierung ihrer wirtschaftlichen Modernisierung erforderlich sind.

Auf diese Weise haben Großbritannien, Frankreich, Deutschland und die USA ihre eigene industrielle, landwirtschaftliche und finanzielle Vorherrschaft begründet. Dies ist keine radikale sozialistische Politik, sondern war schon immer ein zentrales Element der industriekapitalistischen Entwicklung.

Die Rückeroberung der Boden- und Rohstoffrenten eines Landes als Steuerbasis würde es ihm ermöglichen, die Besteuerung von Arbeit und Industrie zu vermeiden. Ein Land müsste sein Land und seine natürlichen Ressourcen nicht formell verstaatlichen; es müsste lediglich die wirtschaftliche Rente über die tatsächlich „erwirtschafteten Gewinne“ hinaus besteuern, um den Grundsatz von Adam Smith und seinen Nachfolgern aus dem 19. Jahrhundert zu zitieren, dass diese Rente die natürliche Steuergrundlage ist.

Die neoliberale Ideologie bezeichnet jedoch eine solche Besteuerung der Pacht sowie die Regulierung von Monopolen oder anderen Marktphänomenen als Eingriff in den „freien Markt“.

Diese Verteidigung von Renteneinkommen stellt die klassische Definition eines freien Marktes auf den Kopf. Die klassischen Ökonomen definierten einen freien Markt als einen Markt, der frei von wirtschaftlichen Renten ist, nicht als einen Markt, der frei für die Entnahme wirtschaftlicher Renten ist, und schon gar nicht als Freiheit für die Regierungen der Gläubigerländer, eine „regelbasierte Ordnung“ zu schaffen, um die Entnahme ausländischer Renten zu erleichtern und die Entwicklung der finanziell und handelsmäßig abhängigen Gastländer zu unterdrücken.

Schuldenerlass ist eine Voraussetzung für wirtschaftliche Souveränität

Der Kampf der Länder, sich von ihren Auslandsschulden zu befreien, ist viel schwieriger als der Kampf Europas im 19. Jahrhundert gegen die Privilegien seiner Landaristokratie (und, weniger erfolgreich, seiner Banker), denn er ist international ausgerichtet und steht nun einer Allianz von Gläubigerländern gegenüber, die das System der finanziellen Kolonisierung aufrechterhalten will, das vor zwei Jahrhunderten geschaffen wurde, als ehemalige Kolonien ihre Unabhängigkeit durch Anleihen bei ausländischen Bankiers zu finanzieren suchten.

Ab den 1820er Jahren erlangten neue unabhängige Länder wie Haiti, Mexiko und andere lateinamerikanische Staaten sowie Griechenland, Tunesien, Ägypten und andere ehemalige osmanische Kolonien nominelle politische Freiheit von kolonialistischer Kontrolle. Doch um ihre eigene Industrie aufzubauen, mussten sie sich im Ausland verschulden – und gerieten fast sofort in Verzug, was es ihren Gläubigern ermöglichte, Währungsbehörden einzurichten, die für ihre Finanzpolitik zuständig waren.

Die Regierungen dieser Länder wurden gegen Ende des 19. Jahrhunderts zu Inkassobüros für internationale Bankiers. Die finanzielle Abhängigkeit von Bankiers und Anleihegläubigern ersetzte die koloniale Abhängigkeit und zwang die Schuldnerländer, ausländischen Gläubigern steuerliche Priorität einzuräumen.

Der Zweite Weltkrieg ermöglichte es vielen dieser Länder, durch die Lieferung von Rohstoffen an die Kriegsparteien beträchtliche Devisenreserven anzuhäufen. Doch die von US-Diplomaten entworfene Nachkriegsordnung, die auf freiem Handel und freiem Kapitalverkehr basiert, zehrte diese Ersparnisse auf und zwang den Globalen Süden und andere Länder, Kredite aufzunehmen, um ihre Handelsdefizite zu decken.

Die daraus resultierenden Auslandsschulden überstiegen bald die Zahlungsfähigkeit dieser Länder – d.h. die Fähigkeit, die Schulden zu begleichen, ohne sich den destruktiven Sparauflagen des IWF zu beugen, die die zur Steigerung ihrer Produktivität und ihres Lebensstandards erforderlichen Investitionen blockierten.

Sie waren nicht in der Lage, ihren eigenen Entwicklungsbedarf zu decken und in die Basisinfrastruktur zu investieren und Subventionen für die Industrie und die Landwirtschaft, das öffentliche Bildungswesen, die Gesundheitsversorgung und andere grundlegende Sozialausgaben bereitzustellen, wie sie für die führenden Industrienationen typisch sind. Dies ist auch heute noch der Fall.

Daher stehen sie heute vor der Wahl, entweder ihre Auslandsschulden zu bezahlen – um den Preis, dass ihre eigene Entwicklung blockiert wird – oder zu behaupten, dass diese Schulden abscheulich sind und darauf zu bestehen, dass sie abgeschrieben werden.

Es geht darum, ob die Schuldnerländer die Souveränität erlangen werden, die eine internationale Wirtschaft unter Gleichen kennzeichnen soll, frei von ausländischer postkolonialer Kontrolle über ihre Steuer- und Handelspolitik sowie ihr nationales Erbe.

Ihre Selbstbestimmung kann nur durch einen kollektiven Zusammenschluss erreicht werden.

Donald Trumps Zollaggression hat diesen Prozess katalysiert, indem sie den US-Markt für Exporte aus Schuldnerländern drastisch reduziert und sie daran hindert, die Dollars für die Bezahlung ihrer Anleihen und Bankschulden zu beschaffen, so dass diese in jedem Fall nicht bezahlt werden können.

Die Welt ist jetzt damit beschäftigt, sich zu entdollarisieren.

Die Notwendigkeit, eine Alternative zur US-zentrierten Nachkriegsordnung zu schaffen, wurde 1955 auf der Konferenz von Bandung in Indonesien und später in der Bewegung der Blockfreien Staaten zum Ausdruck gebracht. Diesen Ländern fehlte jedoch eine kritische Masse an Selbstständigkeit, um gemeinsam zu handeln.

Die Versuche, in den 1960er Jahren eine neue internationale Wirtschaftsordnung zu schaffen, standen vor demselben Problem. Die Länder waren weder industriell noch landwirtschaftlich noch finanziell stark genug, um „im Alleingang“ zu handeln.

Die heutige westliche Schuldenkrise, die Deindustrialisierung und der Zwang, den Außenhandel zur Waffe machen zu müssen sowie die finanziellen Sanktionen im Rahmen des dollarisierten internationalen Finanzsystems, die durch die „America First“-Zollpolitik noch verstärkt werden, haben dazu geführt, dass die Länder dringend nach wirtschaftlicher Souveränität streben müssen, um von der Kontrolle der internationalen Wirtschaft durch die USA und Europa unabhängig zu werden.

Die kollektiven BRICS+, mit Russland und China an der Spitze, haben gerade begonnen, über einen solchen Versuch zu sprechen.

Chinas Erfolg hat eine globale Alternative möglich gemacht

Der große Katalysator für Länder, die ihre nationale Entwicklung selbst in die Hand nehmen, war China. Wie bereits erwähnt, hat der chinesische Industriesozialismus das klassische Ziel des Industriekapitalismus, nämlich die Minimierung der Kosten für Rentiers, weitgehend erreicht, vor allem durch die öffentliche Geldschöpfung zur Finanzierung des materiellen Wachstums.

Dadurch, dass die Geld- und Kreditschöpfung über die staatlichen Banken Chinas in staatlicher Hand bleibt, wird verhindert, dass Finanz- und andere Rentierinteressen die Wirtschaft übernehmen und ihr den finanziellen Mehraufwand aufbürden, der die westlichen Volkswirtschaften kennzeichnet.

Chinas erfolgreiche Alternative für die Kreditvergabe vermeidet reine Finanzgewinne auf Kosten von Sachkapitalbildung und Lebensstandard. Deshalb wird sie als eine existenzielle Bedrohung für das derzeitige westliche Bankenmodell angesehen.

Die westlichen Finanzsysteme werden von Zentralbanken beaufsichtigt, die vom Finanzministerium und von der staatlichen Regulierung unabhängig gemacht wurden. Ihre Aufgabe ist es, die Liquidität des Geschäftsbankensystems bereitzustellen, während es zinstragende Schulden schafft, hauptsächlich zum Zweck der finanziellen Bereicherung durch Schuldenhebelung (Vermögenspreisinflation) und nicht zur produktiven Kapitalbildung.

Kapitalgewinne – steigende Preise für Häuser und andere Immobilien, Aktien und Anleihen – sind viel größer als das BIP-Wachstum. Sie können leicht und schnell erzielt werden, indem die Banken mehr Kredite vergeben, um die Preise für die Käufer dieser Vermögenswerte in die Höhe zu treiben.

Anstatt das Finanzsystem zu industrialisieren, haben sich westliche Industrieunternehmen finanzialisiert, und zwar in einer Weise, die zu einer Deindustrialisierung der US-amerikanischen und europäischen Wirtschaft geführt hat.

Finanzieller Reichtum kann geschaffen werden, ohne Teil des Produktionsprozesses zu sein. Zinsen, Verzugszinsen, andere Finanzgebühren und Kapitalgewinne sind kein „Produkt“, werden aber in den heutigen BIP-Statistiken als solches gezählt.

Die Kosten für die steigende Verschuldung sind Transferzahlungen der Arbeitnehmer und Unternehmen an den Finanzsektor aus den Löhnen und Gewinnen, die durch die eigentliche Produktion erwirtschaftet werden. Dadurch schrumpft das Einkommen, das für Ausgaben für die von Arbeit und Kapital produzierten Produkte zur Verfügung steht, so dass die Volkswirtschaften verschuldet und deindustrialisiert werden.

Die Strategie der Gläubiger-Rentier-Nationen zur Verhinderung des Ausstiegs aus ihrer globalen Kontrolle

Die umfassendste Strategie zur Verhinderung des Ausstiegs der Länder aus der Rentier-Last besteht in einer ideologischen Kampagne, die vom Bildungssystem bis zu den Massenmedien reicht. Das Ziel besteht darin, das Narrativ so zu steuern, dass die Regierung als ein unterdrückerischer Leviathan dargestellt wird, eine von Natur aus bürokratische Autokratie.

Die westliche „Demokratie“ wird nicht so sehr politisch als vielmehr wirtschaftlich definiert, als ein freier Markt, dessen Ressourcen von einem Banken- und Finanzsektor zugewiesen werden, der von der Regulierungsaufsicht unabhängig ist.

Regierungen, die stark genug sind, um den Reichtum der Finanzwelt und anderer Rentiers im öffentlichen Interesse zu begrenzen, werden als Autokratien oder „Planwirtschaft“ verteufelt – als ob die Verlagerung der Kreditvergabe und der Ressourcenzuteilung an die Finanzzentren Wall Street, London, Paris und Japan nicht zu einer Wirtschaft führen würde, die vom Finanzsektor in seinem eigenen Interesse geplant wird, mit dem Ziel, Geldvermögen zu schaffen. Ihr Ziel ist es nicht, die Gesamtwirtschaft und den Lebensstandard zu verbessern.

Beamte und Verwaltungsangestellte der globalen Mehrheit, die an amerikanischen und europäischen Universitäten Wirtschaftswissenschaften studiert haben, wurden mit einer wertfreien (d.h. rentenfreien) Pro-Rentier-Ideologie indoktriniert, die ihr Denken über das Funktionieren von Volkswirtschaften prägt.

Bei dieser Darstellung wird nicht berücksichtigt, wie Schulden die Volkswirtschaften polarisieren, weil sie mit Zinseszins exponentiell wachsen. Auch der klassische Gegensatz zwischen produktiven und unproduktiven Krediten und Investitionen sowie die damit zusammenhängende Unterscheidung zwischen erarbeitetem Einkommen (Löhne und Gewinne, die Hauptbestandteile des Wertes) und leistungslosem Einkommen (Wirtschaftsrente) wird in der Mainstream-Wirtschaftslogik nicht berücksichtigt.

Über diese ideologische Kampagne hinaus nutzt die neoliberale Diplomatie militärische Gewalt, Regimewechsel und die Kontrolle über die wichtigsten internationalen Bürokratien, die mit den Vereinten Nationen, dem IWF und der Weltbank verbunden sind, sowie ein eher verdecktes Netz von NGOs, um Länder daran zu hindern, sich von den heutigen rentierlichen Steuerregeln und kreditgeberfreundlichen Gesetzen zu lösen.

Die USA haben die Führung bei der Anwendung von Gewalt und Regimewechsel gegen Regierungen übernommen, die die Rentenentnahme besteuern oder anderweitig einschränken wollen.

Es ist anzumerken, dass nur wenige Frühsozialisten (mit Ausnahme der Anarchisten) Gewalt zur Durchsetzung ihrer Reformen befürworteten. Es waren die Besitzstandswahrer, die nicht bereit waren, den Verlust der Privilegien zu akzeptieren, die die Grundlage ihres Reichtums sind, und die nicht gezögert haben, Gewalt anzuwenden, um ihren Reichtum und ihre Macht gegen Reformversuche zu verteidigen, die ihre Privilegien in Frage stellen.

Um souverän zu sein, müssen die Nationen eine Alternative schaffen, die es ihnen ermöglicht, ihre wirtschaftliche, monetäre und politische Entwicklung selbst in die Hand zu nehmen. Die amerikanische Diplomatie betrachtet jedoch jeden Versuch, die notwendigen politischen und steuerlichen Reformen und eine starke staatliche Regulierungsbehörde einzuführen, als existenzielle Bedrohung für die Kontrolle der USA über die internationalen Finanzen und den Handel.

Dies wirft die Frage auf, ob es möglich ist, Reformen und eine starke öffentliche Wirtschaft ohne Krieg zu erreichen. Es ist nur natürlich, dass sich Länder fragen, ob sie wirtschaftliche Souveränität ohne eine Revolution erreichen können, wie die Sowjetunion, China und andere Länder, die dafür

kämpften, die Fremdherrschaft durch ihre vom Ausland unterstützten Grundbesitzer und Gläubiger zu beenden.

Die einzige Möglichkeit, die wirtschaftliche Souveränität vor militärischen Bedrohungen zu schützen, besteht darin, sich einem Bündnis zur gegenseitigen Unterstützung anzuschließen, da einzelne Länder isoliert werden können – wie es bei Kuba, Venezuela und dem Iran der Fall war – oder zerstört werden können, wie Libyen.

Wie Benjamin Franklin es formulierte: „Wenn wir nicht zusammenhalten, werden wir einzeln aufgehängt“. („If we don’t hang together, we will hang separately.”)

Amerikanische Schriftsteller bezeichnen den Versuch anderer Länder, sich zusammenzuschließen, um wirtschaftliche Souveränität zu erlangen, als einen zivilisatorischen Krieg. Zwar handelt es sich tatsächlich um einen zivilisatorischen Wettstreit, doch sind es die USA und ihre Verbündeten, die eine Aggression gegen Länder führen, die versuchen, aus einem System auszusteigen, das den USA und Europa einen enormen Zufluss von Wirtschaftsrenten und Schuldendienst von Gastländern beschert hat, die der von den USA unterstützten Diplomatie unterworfen sind.

Wie der US-zentrierte Finanzkolonialismus die europäische koloniale Besatzung ablöste

Nach dem Zweiten Weltkrieg wich die Ära des Kolonialismus der Siedlerstaaten dem Finanzkolonialismus, wobei die internationale Wirtschaft unter Führung der USA dollarisiert wurde.

Die 1945 aufgestellten Bretton-Woods-Regeln ermöglichten es den multinationalen Konzernen, die wirtschaftlichen Erträge aus Grund und Boden, natürlichen Ressourcen und öffentlicher Infrastruktur dem Zugriff der nationalen Steuerbehörden zu entziehen. Die Regierungen wurden auf ihre Rolle als Inkassobüros für ausländische Gläubiger und als Beschützer ausländischer Investoren vor demokratischen Bestrebungen zur Besteuerung von Rentiervermögen reduziert.

Die USA waren in der Lage, den Welthandel durch die Monopolisierung von Ölexporten durch US-amerikanische und verbündete Ölgesellschaften (die Sieben Schwestern) zu bewaffnen, während der amerikanische und europäische Agrarprotektionismus und die „Hilfspolitik“ der Weltbank die Länder mit Nahrungsmitteldefizit dazu brachten, sich auf tropische Plantagenkulturen statt auf Getreide zu konzentrieren, um sich selbst zu ernähren.

Das NAFTA-Freihandelsabkommen von Präsident Bill Clinton aus dem Jahr 1994 überschwemmte den mexikanischen Markt mit preisgünstigen US-Agrarexporten (hoch subventioniert durch starke staatliche Unterstützung). Die mexikanische Getreideproduktion brach ein und machte das Land von importierten Nahrungsmitteln abhängig.

Um Regierungen daran zu hindern, Steuern zu erheben oder sogar Geldstrafen gegen ausländische Investoren zu verhängen, um einen Ausgleich für Schäden in ihren Ländern zu erhalten, haben die heutigen Rentiermächte Investor-Staat-Streitbeilegungsgerichte (ISDS) geschaffen, die von den Regierungen verlangen, ausländische Investoren zu entschädigen, wenn sie Steuern erhöhen oder Vorschriften erlassen, die das Einkommen ausländischer Unternehmen schmälern. (Ich beschreibe die Einzelheiten dazu in Kapitel 7 meines Buches aus dem Jahr 2022 [*The Destiny of Civilization*](#).)

Dieses System blockiert die nationale Souveränität, u. a. dadurch, dass es die Gastländer daran hindert, die wirtschaftlichen Erträge ihres Bodens und ihrer natürlichen Ressourcen im Besitz von

Ausländern zu besteuern. Der Effekt ist, dass diese Ressourcen Teil der Wirtschaft der Investoren-nation werden und nicht ihre eigene. Die saudische Ölgesellschaft Aramco beispielsweise war keine eigenständige Konzerngesellschaft, sondern eine Zweigstelle von Standard Oil of New York (ESSO). Diese juristische Spitzfindigkeit bedeutete, dass ihre Einnahmen und Ausgaben in der US-Bilanz der Muttergesellschaft konsolidiert wurden. Dies ermöglichte es dem Unternehmen, eine Steuergutschrift für die „Erschöpfungszulage“ für Öl zu erhalten, wodurch das Unternehmen effektiv von der US-Einkommenssteuer befreit war, obwohl es sich um saudisches Öl handelte, das erschöpft wurde.

Andere Nationen ließen es zu, dass die USA die Ordnung nach dem Zweiten Weltkrieg diktierten, indem sie großzügige Hilfen zur Unterstützung von Freihandel, Frieden und postkolonialer nationaler Souveränität versprachen, wie es in der Charta der Vereinten Nationen festgeschrieben ist. Doch die USA vergeudeten ihren Reichtum mit Militärausgaben im Ausland und finanzieller Abhängigkeit im eigenen Land.

Das hat dazu geführt, dass Amerikas postindustrielle Macht hauptsächlich auf seiner Fähigkeit beruht, andere Länder ins Chaos zu stürzen, wenn sie die „regelbasierte Ordnung“ der USA nicht akzeptieren, die darauf abzielt, Tribut von ihnen zu fordern.

Die USA verhängen nach Belieben protektionistische Zölle und Einfuhrquoten und subventionieren die Landwirtschaft und Schlüsseltechnologien als potenzielle globale High-Tech-Monopole, während sie anderen Ländern verbieten, eine solche „sozialistische“ oder „autokratische“ Politik zu verfolgen, um wettbewerbsfähiger zu werden. Das Ergebnis ist eine Doppelmoral, bei der die „regelbasierte Ordnung“ der USA (ihre eigenen Regeln) an die Stelle der Einhaltung des Völkerrechts tritt.

Die unter Franklin D. Roosevelt in den 1930er Jahren eingeführte US-Agrarpreisstützungspolitik ist ein gutes Beispiel für Doppelmoral. Sie machte die Landwirtschaft zum am stärksten subventionierten und geschützten Sektor. Sie wurde zum Vorbild für die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, die 1962 eingeführt wurde.

Die US-Diplomatie widersetzt sich jedoch den Versuchen anderer Länder, insbesondere der Länder des Globalen Südens, ihre eigenen protektionistischen Subventionen und Importquoten einzuführen, um die Selbstversorgung mit Grundnahrungsmitteln zu erreichen, während die US-Hilfskredite und die Weltbank (wie oben erwähnt) den Export tropischer Plantagenkulturen aus den Ländern des Globalen Südens durch Kredite für den Transport und die Entwicklung von Häfen unterstützt haben. Die US-Politik hat sich in ganz Lateinamerika und anderen Ländern des Globalen Südens immer wieder gegen bäuerliche Familienbetriebe und Landreformen gewandt, oft mit Gewalt.

Bewegungen in Richtung einer multipolaren Weltordnung

Es überrascht nicht, dass Russland, das seit langem der wichtigste militärische Gegner der USA ist, die Führung beim Protest gegen die unipolare Ordnung der USA übernommen hat.

Als der russische Außenminister Sergej Lawrow im Juni 2025 für eine multipolare Alternative zur neoliberalen Ordnung der USA plädierte, [beschrieb er](#) die postkoloniale wirtschaftliche Unterwerfung der Länder, die im 19. und 20. Jahrhundert ihre politische Unabhängigkeit von der Kolonial-

herrschaft erlangt haben und nun vor der nächsten Aufgabe stehen, die ihre Befreiung vollenden soll:

Unsere afrikanischen Freunde werden immer mehr darauf aufmerksam, dass ihre gesamte Wirtschaft immer noch weitgehend auf der Abschöpfung der natürlichen Ressourcen dieser Länder beruht. In Wirklichkeit wird die gesamte Wertschöpfung von den ehemaligen westlichen Metropolen und anderen Mitgliedern der EU und der NATO produziert und eingestrichen.

Der Westen bedient sich illegaler einseitiger Sanktionen, die immer mehr zum Vorboten eines militärischen Angriffs werden, wie dies in Jugoslawien, im Irak und in Libyen geschah und jetzt im Iran geschieht, sowie der Instrumente des unlauteren Wettbewerbs, indem er Zollkriege anzettelt, die souveränen Vermögenswerte anderer Länder beschlagnahmt und die Rolle ihrer Währungen und Zahlungssysteme ausnutzt. Der Westen selbst hat das Globalisierungsmodell, das er nach dem Kalten Krieg entwickelt hat, um seine Interessen zu fördern, zu Grabe getragen.

Marco Rubio hat in den Anhörungen des US-Senats zu seiner Bestätigung als Außenminister von Donald Trump dasselbe gesagt und erklärt, dass die „globale Nachkriegsordnung nicht nur veraltet ist, sondern jetzt auch als Waffe gegen uns eingesetzt wird“.

Die unilateralen Zölle von Präsident Trump verletzen die Regeln für Außenhandel und Investitionen, die die USA 1945 selbst aufgestellt haben, und sind ein weiteres Beispiel dafür, dass Washington auf die „regelbasierte Ordnung“ seiner eigenen Regeln zurückgreift. Sie zielen sowohl darauf ab, die militärischen Kosten des Neuen Kalten Krieges auf andere Länder abzuwälzen, von denen erwartet wird, dass sie amerikanische Waffen kaufen und Stellvertreterarmeen bereitstellen, als auch darauf, die verlorene industrielle Macht der USA wiederzubeleben, indem sie Länder dazu zwingen, Industrien in die USA zu verlagern und es US-Unternehmen zu ermöglichen, Monopolrenten zu erzielen, indem sie die führenden neuen Technologien kontrollieren.

Die USA sind bestrebt, dem weltweiten Handel und den Investitionen Monopolrechte und damit verbundene Rentierprivilegien aufzuerlegen, die nur ihnen selbst zugute kommen. Trumps America-First-Diplomatie verlangt, dass andere Länder ihre Handels-, Zahlungs- und Schuldenbeziehungen in US-Dollar abwickeln, anstatt in ihrer eigenen Währung.

Die „Rechtsstaatlichkeit“ der USA erlaubt es den USA, einseitig Handels- und Finanzsanktionen zu verhängen, die bestimmen, wie und mit wem andere Länder Handel treiben und investieren können. Ihnen wird mit wirtschaftlichem Chaos und der Konfiszierung ihrer Dollarreserven gedroht, wenn sie nicht die Handels- und Investitionsbeziehungen mit Russland, China und anderen Ländern boykottieren, die sich weigern, sich der Kontrolle der USA zu unterwerfen.

Das Druckmittel der USA, um diese ausländischen Zugeständnisse zu erlangen, ist nicht mehr die industrielle Führungsrolle und die Finanzkraft, sondern ihre Fähigkeit, in anderen Ländern Chaos zu verursachen. Mit dem Anspruch, die unentbehrliche Nation zu sein, beenden die USA mit ihrer Fähigkeit, den Handel zu stören, ihre frühere internationale monetäre und diplomatische Macht.

Diese Macht beruhte ursprünglich darauf, dass die USA 1945 die größten Goldreserven der Welt besaßen, dass sie die größte Gläubigernation und die größte Industrienation waren und dass sie nach

1971 die Hegemonie über den Dollar erlangten, was zum großen Teil darauf zurückzuführen war, dass ihr Finanzmarkt der sicherste für andere Nationen war, um ihre offiziellen Währungsreserven zu halten.

Die diplomatische Trägheit, die durch diese früheren Vorteile entstanden ist, entspricht nicht mehr den Realitäten des Jahres 2025. Allerdings verfügen die US-Offiziellen noch über die Fähigkeit, den Welthandel, die Lieferketten und die Finanzvereinbarungen, einschließlich des SWIFT-Systems für internationale Zahlungen, zu stören.

Das Konfiszieren russischer Geldeinlagen in Höhe von 300 Milliarden Dollar durch die USA und Europa hat Amerikas Ruf in Sachen finanzieller Sicherheit geschädigt, während seine chronischen Handels- und Zahlungsbilanzdefizite das internationale Währungssystem und den freien Handel zu stören drohen, die es zum Hauptnutznießler der Weltordnung von 1945-2025 machten.

Im Einklang mit dem Grundsatz der nationalen Souveränität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder, der der Gründung der Vereinten Nationen zugrunde lag (dem Grundprinzip des Völkerrechts, das im Westfälischen Frieden von 1648 verankert ist), beschrieb der russische Außenminister Lawrow (in seiner oben zitierten Rede) die Notwendigkeit, „Außenhandelsmechanismen [zu schaffen], die der Westen nicht kontrollieren kann, wie Transportkorridore, alternative Zahlungssysteme und Lieferketten“.

Als Beispiel dafür, wie die USA die Welthandelsorganisation lahmgelegt haben, die sie auf der Grundlage des Freihandels zu einer Zeit gegründet hatten, als Amerika die führende Exportmacht der Welt war, erklärte er:

Als die Amerikaner erkannten, dass das von ihnen geschaffene globalisierte System, das auf fairem Wettbewerb, unantastbaren Eigentumsrechten, der Unschuldsvermutung und ähnlichen Grundsätzen beruhte und das ihnen jahrzehntelang die Vorherrschaft ermöglicht hatte, auch ihren Rivalen, vor allem China, zugute kam, ergriffen sie drastische Maßnahmen.

Als China begann, sie auf ihrem eigenen Terrain und nach ihren eigenen Regeln zu übertrumpfen, blockierte Washington einfach das Berufungsgremium der WTO. Indem sie ihm künstlich die Beschlussfähigkeit entzogen, machten sie diesen wichtigen Streitbeilegungsmechanismus unwirksam – und das ist bis heute so geblieben.

Durch ihr Vetorecht in den Vereinten Nationen, im IWF und in der Weltbank konnten die USA ausländische Opposition gegen ihre nationalistische Politik blockieren. Auch ohne ein solches Vetorecht konnten US-Diplomaten die Organisationen der Vereinten Nationen daran hindern, unabhängig von den Wünschen der USA zu handeln, indem sie sich weigerten, Führungspersonlichkeiten oder Richter zu ernennen, die nicht in erster Linie der US-Außenpolitik gegenüber loyal sind.

Die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO), deren Aufgabe es ist, die Verbreitung von Atomwaffen einzudämmen, ist der jüngste berüchtigte Fall in diesem Zusammenhang. Der Iran [veröffentlichte Dokumente](#), aus denen hervorging, dass der Leiter der Behörde, Rafael Grossi, dem US-amerikanischen und dem israelischen Geheimdienst die Namen der später getöteten iranischen Wissenschaftler und Einzelheiten über die iranischen Atomraffinerien, die bombardiert wurden, zur Verfügung stellte.

Das Veto der USA hat den UN-Sicherheitsrat daran gehindert, die israelischen Angriffe auf die palästinensische Bevölkerung zu verurteilen. Und als der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) [Anklage](#) gegen den israelischen Premierminister Benjamin Netanjahu wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Rahmen eines [Völkermords](#) an den Palästinensern erhob, verhängten US-Beamte [Sanktionen gegen den IStGH](#) und forderten die Absetzung des Staatsanwalts.

Die Welt wird nicht mehr durch internationales Recht geregelt, sondern durch einseitige US-Regeln, die sich je nach den Wechselfällen amerikanischer Wirtschafts- oder Militärmacht (oder deren Verlust) abrupt ändern können.

Der russische Präsident [Wladimir Putin](#) beschrieb diese neue Situation im Jahr 2022 folgendermaßen: „Die westlichen Länder behaupten seit Jahrhunderten, dass sie anderen Nationen Freiheit und Demokratie bringen“, doch die „unipolare Welt ist von Natur aus anti-demokratisch und unfrei; sie ist durch und durch falsch und heuchlerisch“.

Das Selbstbild der USA beschreibt ihre lange dominante Position in der Welt als Ausdruck ihrer Demokratie, des freien Marktes und der Chancengleichheit, die es ihrer Machtelite ermöglicht haben, ihren Status zu erlangen, indem sie durch ihre Verwaltung und Verteilung von Ersparnissen und Krediten die produktivsten Mitglieder der Wirtschaft waren.

In Wirklichkeit sind die USA zu einer Rentier-Oligarchie geworden, die zunehmend vererbt wird. Das Vermögen ihrer Mitglieder wird hauptsächlich durch den Erwerb von renditeträchtigen Vermögenswerten (Land, natürliche Ressourcen und Monopole) erwirtschaftet, mit denen sie Kapitalgewinne erzielen, während sie den größten Teil ihrer Renteneinnahmen als Zinsen an ihre Banker zahlen, die am Ende den größten Teil dieser Renten erhalten und zur Führungsklasse der neuen Oligarchie geworden sind.

Zusammenfassung

Der eigentliche Konflikt darüber, welche Art von wirtschaftlichem und politischem System die globale Mehrheit haben wird, gewinnt gerade erst an Fahrt.

Die Länder des Globalen Südens und andere haben sich so stark verschuldet, dass sie gezwungen waren, ihre öffentliche Infrastruktur zu verkaufen, um die Kosten dafür zu tragen. Um die Kontrolle über ihre natürlichen Ressourcen und ihre Basisinfrastruktur wiederzuerlangen, brauchen sie

- das Recht der Besteuerung von Wirtschaftsrenten, die aus ihrem Land, ihren natürlichen Ressourcen und ihren Monopolen abgeschöpft wird;
- das gesetzliche Recht, die von ausländischen Öl- und Bergbauunternehmen verursachten Umweltsanierungskosten zurückzufordern und
- die finanziellen Sanierungskosten (d.h. Abschreibungen und Annullierungen) der Auslandsschuldenlast durchzusetzen, die von Gläubigern auferlegt wurden, die keine Verantwortung dafür übernommen haben, dass ihre Kredite unter den bestehenden Bedingungen zurückgezahlt werden können.

In der evangelistischen Rhetorik der USA wird der bevorstehende politische und wirtschaftliche Zusammenbruch der Weltwirtschaft als „Kampf der Kulturen“ zwischen Demokratien (d.h. Län-

dern, die die US-Politik unterstützen) und Autokratien (d.h. Nationen, die unabhängig handeln) beschrieben.

Es wäre zutreffender, diesen Bruch als einen Kampf der USA und ihrer europäischen und anderen westlichen Verbündeten gegen die Zivilisation zu bezeichnen – vorausgesetzt, die Zivilisation beinhaltet, wie es scheint, das souveräne Recht der Länder, ihre eigenen Gesetze und Steuersysteme zum Nutzen ihrer eigenen Bevölkerungen innerhalb eines internationalen Systems zu erlassen, das über gemeinsame Grundregeln und Werte verfügt.

Was die westlichen Ideologen als Demokratie und freie Märkte bezeichnen, hat sich als aggressiver Rentier-Finanzimperialismus entpuppt. Und was sie Autokratie nennen, ist eine Regierung, die stark genug ist, um eine wirtschaftliche Polarisierung zwischen einer superreichen Rentierklasse und einer verarmten Bevölkerung zu verhindern, wie sie in den westlichen Oligarchien selbst stattfindet.